

Bauhofs-Fusion bekam nur eine Stimme Mehrheit

Verhandlungen mit Lich – Überprüfung von Genehmigungen für Steinbruch steht an

Hungen (vk) Recht zügig in rund zweiinhalb Stunden arbeitete das Hungener Parlament am Dienstag Abend in der letzten Sitzung vor der Sommerpause im Dorfgemeinschaftshaus Rodheim seine Tagesordnung ab. In der Hauptsache wegen zweier durchaus kontroverser Tagesordnungspunkte waren auch zahlreiche Zuhörer gekommen.

Einer der „heißen“ Punkte war die Zusammenlegung der Bauhöfe Lich und Hungen. Für die SPD-Fraktion stellte Wolfgang Becker zunächst einen Änderungsantrag. Er bat um Prüfung der Angelegenheit und wollte über die Ergebnisse der Einsparungspotenziale informiert werden. In einer rund zehnminütigen Unterbrechung, die von Norbert Marsfelde (CDU) beantragt wurde, verließ die CDU und Freie Wähler zunächst den Saal. „Die CDU wird dem Antrag nicht zustimmen. Die Bauhof-Zusammenlegung ist von Rot-Grün gewollt. Ein vernünftiger Zeitrahmen wurde nicht zugestanden“ sagte nach der Beratung in der Pause Marsfelde, der von „einem riesigen Gebilde der beiden Bauhöfe“ sprach, unter dem die Bürger zu leiden haben würden. Verdeutlicht wurde auch, dass keine Werte von Gebäuden und Maschinen vorlägen. Zudem müsse ein Vergleich

der Kosten beider Bauhöfe vorgenommen werden. Ganz knapp mit 18 Ja gegen 17 Nein-Stimmen wurde der Antrag auf Zusammenlegung schließlich angenommen. Demnach ist der Magistrat beauftragt, mit dem Magistrat der Stadt Lich Verhandlungen darüber aufzunehmen, bis Ende des Jahres einen „Interkommunalen/gemeinsamen Bauhofes Lich – Hungen“ zu bilden und zu gründen.

Von erhöhtem Interesse war auch ein gemeinsamer Antrag der SPD und der Grünen zur Verkehrsberuhigung in der Großgemeinde, insbesondere in der Ortsdurchfahrt Steinheim sowie zur Reduzierung von Emissionen durch die Basaltwerke Nickel. Gunter Schmidt (SPD) stellte noch einmal die Belastungen der Steinheimer Ortsdurchfahrt und seiner Anwohner dar. „Lkws verursachen schwere Erschütterungen, da kann man schon meinen, dass ein Lkw durch ein Zimmer fährt“, sagte Schmidt, der auch Belästigungen in anderen Ortsteilen wie Inheiden und Nonnenroth sah. Prüfungen sollten vorgenommen wer-

den. Die Installation fester Gehäuse für Messanlagen und die Einhaltung von Geschwindigkeitskontrollen werden in dem Antrag gefordert. Die Bildung einer Arbeitsgruppe, das Einhalten von Auflagen und Genehmigungsgrundlagen, die erlöschen, wenn sie nicht eingehalten werden, sind weitere Forderungen. Von der CDU wurde ein „runder Tisch mit allen Beteiligten unterstützt“.

Bei zwei Enthaltungen wurde der Antrag angenommen. Der Beschluss sieht drei zentrale Punkte vor:

- Maßnahmen zur Reduzierung der Belastungen durch Verkehrsemissionen, insbesondere verursacht durch überproportional hohen Straßenverkehr.
- Maßnahmen zur Reduzierung der Belastungen durch Verkehrsemissionen, verursacht durch Verkehrsaufkommen in der Ortsdurchfahrt Steinheim.
- Maßnahmen zur Reduzierung der Belastungen der Einwohner des Stadtteils Steinheim durch verschiedene Emissionen des Steinbruchs Nickel in Unter-Widdersheim (Bericht folgt).



Vor allem wegen der Zusammenlegung der Bauhöfe Lich und Hungen und des Antrags zu den Basaltwerken Nickel war der Zuschauerbereich der Stadtverordnetenversammlung im Bürgerhaus von Rodheim gut gefüllt. Foto: Volkmar Köhler

100604 - Gi AuZ - Bauhof